

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

vom Dienstag, 30. September 2008

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer
Schriftführerin: Schamberger

Anwesend waren stellvertr. Bgm. Ried und Riedl, die Stadträtinnen Anhalt, Bachmeier, Dr. Luther, Platzer, Schmidberger, Schurer, Warg-Portenlänger und Will, sowie die Stadträte Abinger, Brilmayer F., Gietl, Goldner, Lachner, Mühlfenzl, Schedo, Schuder, Dr. Schulte-Langforth und Zwingler.

Entschuldigt fehlten Stadträtin Gruber und Rauscher sowie Stadtrat Heilbrunner und Schechner.

Beratend nahmen Herr Freundl vom Bund der Selbständigen/EBE Gewerbeverband und Herr Klotz von der Fa. Qualikom teil.

Herr König, Herr Napieralla und Frau Pfleger nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.

TOP 1

Ehrung für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung
öffentlich

Bürgermeister Brilmayer überreichte stellvertr. für Innenminister Joachim Herrmann die Dankurkunde für besondere Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung an die Stadträte Josef Heilbrunner (in Abwesenheit), Georg Schuder, stellvertr. Bürgermeister Josef Riedl und den ausgeschiedenen Stadtrat Martin Schechner sen. und sprach den Dank und die Anerkennung der Stadt aus.

TOP 2

Stadtmarketing;
a) Vorstellung durch die Firma Qualikom
b) Einrichtung eines Arbeitskreises

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer begrüßte den 1. Vorsitzenden vom Gewerbeverband Ebersberg/Bund der Selbständigen Martin Freundl und übergab ihm das Wort.

Martin Freundl führte die Beweggründe zur Erstellung eines Verkehrs- und Marketingkonzepts kurz aus und bat Christian Klotz von der Fa. Qualikom das Konzept vorzustellen.

Herr Klotz erläuterte ausführlich sein Stadtmarketingkonzept anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage 1).

Nach dem Vortrag informierte Bürgermeister Brilmayer über die mögliche Kostenverteilung und eine eventuelle Förderung, hierzu gibt es jedoch noch keine Aussage der entsprechenden Stelle. Zwingend erscheint ihm, dass der Verkehrsplaner sowie die Städteplaner vom Büro Plankreis einbezogen werden.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde die Initiative des Gewerbeverbands begrüßt. Fragen aus der Mitte des Ausschusses zu Referenzen, Inhalten und Ergebnis des Konzeptes sowie Unterschied zur Nachfrageanalyse von Prof. Heinritz und Effizienz, Kosten, Aufgabenverteilung versuchte Herr Klotz zu beantworten. Des Weiteren wurde gebeten zu prüfen, ob hier eine öffentliche Ausschreibung erforderlich ist.

Bürgermeister Brilmayer sah nach reger Diskussion, dass noch viele Punkte der Klärung bedürfen und schlug vor einen Arbeitskreis zu bilden der aus je einem Fraktionsmitglied, 3-4 Vertretern des Gewerbeverbandes und mind. einem Vertreter der Verwaltung (evtl. Bürgermeister selbst) besteht.

*Nachtrag der Verwaltung zu Kosten Nachfrageanalyse Heinritz:
Gesamtkosten . 32.295 € , Zuschuss Städtebauförderung : 12.929 €*

TOP 3

Verwaltungsreform und Neues Kommunales Finanzwesen;
Information

öffentlich

Herr König erklärte mit einleitenden Worten, dass seit Beginn der 90-er Jahre in Deutschland die Notwendigkeit erkannt wurde, die öffentlichen Verwaltungen insbesondere in den Kommunen in ihren Strukturen so umzubauen, dass sie von nahezu ausschließlich juristisch orientierten Behörden zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu strategisch gesteuerten, zielorientierten öffentlichen Dienstleistungsbetrieben werden.

Die Ursachen dieser Entwicklung liegen u.a. in der Erkenntnis, dass die Kommunen bei Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die für sie maßgebliche Steuer-, Finanzausgleichs- und Zuwendungssystematik in erhebliche Finanzprobleme kommen können, das Selbstverständnis der Bürger sich weg vom Antragsteller hin zum Kunden entwickelt hat, für das Handeln der Kommunen neben dem rein rechtlichen Aspekt zunehmend ökonomische, ökologische und generationenübergreifende Gesichtspunkte Gewicht bekommen und auch die Kosten der Deutschen Wiedervereinigung zu erheblichen finanziellen Belastungen geführt haben.

Die Innenminister der Länder haben mit Beschluss vom November 2003 die Rahmenbedingungen für eine grundlegende Veränderung des kommunalen Haushaltsrechts gelegt.

Hiernach soll durch die Reform des Gemeindehaushaltsrechts das kommunale Haushalts- und Rechnungswesen von der bislang zahlungsorientierten Darstellungsform auf eine ressourcenorientierte Darstellung umgestellt und die Steuerung der Kommunalverwaltungen statt durch die herkömmliche Bereitstellung von Ausgabeermächtigungen (Inputsteuerung) durch die Vorgabe von Zielen für die kommunalen Dienstleistungen (Outputsteuerung) ermöglicht werden.

Hierzu wurden Textentwürfe für die Reform des kommunalen Haushaltsrechts, nämlich eine Gemeindehaushaltsverordnung für ein doppisches Haushalts- und Rechnungswesen, alternativ hierzu eine Gemeindehaushaltsverordnung für eine erweiterte kameralistische Buchführung, (*Kameralistik ergänzt um eine Kosten- und Leistungsrechnung sowie eine nicht integrierte Vermögensrechnung*) ein Produktrahmen mit Erläuterungen, eine Empfehlung für Kontenrahmen, zur Grundlage bei der Umsetzung in den Ländern gemacht.

Alle Bundesländer (ohne Stadtstaaten) außer Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und Schleswig-Holstein haben inzwischen verbindlich für ihre Kommunen als alleiniges Rechnungswesen die **Kommunale Doppik** eingeführt. In den genannten vier Staaten gibt es

(noch) das Wahlrecht zwischen Doppik und erweiterter Kameralistik. Alle vier Staaten lehnen eine finanzielle Förderung der Kommunen für den Umstieg ab. Dies mag auf Grund des Konnexitätsprinzips der Bayerischen Verfassung auch der Grund für das Wahlrecht in Bayern sein.

Mittelfristig ist jedoch zu erwarten, dass auch in diesen vier Bundesländern die Doppik verbindlich wird. Neben guten sachlichen Gründen könnte dies auch die Abstimmung der öffentlichen Statistiken als Grundlage staatlicher Planungen erfordern.

Dementsprechend hat auch der Freistaat Bayern im vergangenen Jahr die rechtlichen Grundlagen für ein kommunales doppeltes Buchhaltungssystem durch Änderung der GO und Erlass einer Kommunal-Haushaltsverordnung Doppik samt Ausführungsbestimmungen geschaffen. Ferner wurden vom Innenministerium ein verbindlicher Kommunalen Kontenrahmenplan sowie ein nur noch in Feinheiten abzustimmender Produktrahmenplan vorgelegt und zur Anwendung zugelassen. Ebenso hat das Innenministerium einen Entwurf für Bewertungsrichtlinien des kommunalen Vermögens herausgegeben und für vorläufig anwendbar erklärt.

Nachdem nun der Freistaat Bayern die Grundlagen für ein NKF geschaffen hatte, wurde von der Verwaltung im Herbst 2007 eine Entwicklungsgruppe - bestehend aus dem 1. Bürgermeister und den Leitungen von Hauptamt, Finanzverwaltung und Personal - gebildet.

Wenn sich der Stadtrat für eine Verwaltungs- und Haushaltsreform der Stadt Ebersberg wie oben umrissen entscheidet, soll dieser Personenkreis in eine zentrale Steuerungsgruppe übergehen. Parallel hierzu schlägt die Verwaltung vor, in bewährter Manier einen Arbeitskreis aus je einem Mitglied der Stadtratsfraktionen zu bilden. Insbesondere Stadtratsmitglieder, die beruflich mit dem kaufmännischen Rechnungswesen bzw. im Organisationsmanagement Erfahrungen haben, könnten dabei für die Verwaltung eine große Unterstützung bieten.

Die zentrale Steuerungsgruppe der Verwaltung hat dann die Aufgabe, unter Einbeziehung verschiedener relevanter Gruppen und evtl. notwendiger externer Berater sowie im engen Kontakt mit dem Arbeitskreis des Stadtrates deren Vorschläge und Ausarbeitungen zu den einzelnen Bausteinen des Umstellungsprojektes auszuarbeiten bzw. zusammenzufügen. (Ein entsprechender Schemaplan lag dem Stadtrat vor – siehe Anlage 2)

Die ausgearbeiteten Teilergebnisse ebenso wie das endgültige Konzept werden dann (jeweils) dem FiVA bzw. Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt und von der Verwaltung anschließend umgesetzt.

Angesichts des erheblichen Zeitaufwandes schlägt die Verwaltung derzeit keinen Endzeitpunkt der Umstellung vor. Vielmehr ist an eine schrittweise Umsetzung entsprechend den personellen Möglichkeiten der Stadt gedacht. Die Verwaltung weist dabei erneut auf die Notwendigkeit zusätzlichen Personals im Bereich der Finanz- und der Hauptverwaltung hin.

Die Umstellung ist auch mit erheblichen Kosten verbunden, die derzeit nicht abgeschätzt werden können. Sie ergeben sich aus der nötigen Software, den Schulungskosten, dem Personaleinsatz und den Kosten externer Berater.

Die Ausschussmitglieder waren sich grundsätzlich einig, dass die Zukunft der kommunalen Finanzwirtschaft in der Doppik zu sehen ist. Den Ausschussmitgliedern war klar, dass es sich hierbei um einen langwierigen Prozess handle der für alle mit intensiver Zeitarbeit verbunden ist und das ein Umsetzen mit der jetzigen knappen Personalausstattung des Rathauses nicht möglich ist. Fragen zu Struktur, Aufwand und Ablaufkonzept wurden soweit möglich von Herrn König und Frau Pfleger beantwortet.

Bürgermeister Brilmayer meinte, dass man den Einstieg „rechtzeitig“ wagen sollte, damit genügend Zeit zum Umsetzen gegeben ist. Er bat diese Entscheidung in den Fraktionen zu beraten, so dass in der Stadtratssitzung am 16.12.2008 evtl. ein Beschluss zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe beschlossen werden kann .

TOP 4

Verschiedenes

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informiert über die Verschiebung der Bürgerversammlung auf den 28.11.2008 (statt 14.11.08). Des Weiteren schlug er als Lokalität des Stadtratsweihnachtsessens das neue Seehaus vor.

TOP 5

Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadtrat Mühlfenzl monierte, dass obwohl im Gremium beschlossen wurde, sich aus der Diskussion über die Möglichkeiten der Nord-Südumgehung rauszuhalten, doch einige Stadträte sich geäußert haben bzw. Vorschläge an die Presse gegeben wurden.

Des Weiteren bemängelte er die Moral der Parteien bezüglich der Wahlplakatierung und stellte deswegen den Sinn der Plakatierverordnung in Frage.

Bürgermeister Brilmayer äußerte, dass im Stadtrat beschlossen wurde, dass keine Meinungsäußerungen zu Varianten gegeben werden sollte, Vorschläge weiterer Möglichkeiten darf jeder einbringen.

Die Plakatierungsproblematik sieht Bürgermeister Brilmayer ebenso und schlug vor, dieses Thema im Frühjahr im entsprechenden Finanz- und Verwaltungsausschuss zu behandeln.

Stellvertr. Ried äußerte zum Thema Umgehungsstraße, er habe nur Unterschriften entgegengenommen jedoch keine Position bezogen.

Stadträtin Warg-Portenlänger bat die Fraktionen für die Aktion Bunt statt Braun Plakatständer zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Gietl bedankte sich bei der Verwaltung für die gute Organisation der Wahl.

Stadträtin Schmidberger wollte wissen, wann über die Überprüfung der Liegenschaften (Schlagwort: Energieausweis) berichtet wird.

Bürgermeister Brilmayer sicherte zu, dass dies in einem der nächsten hierfür zuständigen Technischen Ausschusssitzungen geschehen wird.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 22.30 Uhr

Es folgte keine nichtöffentliche Sitzung

Brilmayer
Sitzungsleiter

Schamberger
Schriftführerin